Nummer 127

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Dienstag, 17. März 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Junk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat März 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Dr. Wirth — der Sammelkandidat der Linken?

In Karlsruhe fand am Sonntag eine große Demonstration des badischen Reichsbanners statt, die Herr Hellpach, der Zählkandidat der Demokraten, zu seiner ersten großen Wahlrede benutzte. Nach ihm sprach u. a. der Obergeneral des Reichsbanners, Hörsing. Er ermahnte sein: Leute, „alles daran zu setzen, daß im zweiten Wahlgange der Präsidentenwahl ein Republikaner reinsten Wassers den Sieg davontragen". Dieser Ausspruch scheint darauf hinzudeuten, daß man auf der Linken sich nach dem 29. März als Sammelkandidaten einem radikaleren Republikaner zuwenden wird, als Herr Marx es ist. In der Tat verlautet in parlamentarischen Kreisen — und dieses Gerücht wird mit Bestimmtheit aus Süddeutschland bestätigt —, daß die drei Reichsbannerparteien sich bereits darauf geeinigt hätten, für den zweiten Wahlgang Herrn Dr. Wirth (der dem USPD.-Teil der Sozialdemokratie erklärlicherweise weit genehmer ist als Marx) als Sammelkandidaten „reinsten republikanischen Wassers" aufzustellen. Würde das eintreten, so würde die Kandidatur Wirth wesentlich zur Klärung der Lage beitragen, denn dann muß es jedem Wähler, der in den letzten Jahren mit sehenden Augen und als nationaler Deutschet, nicht als internationaler Ideologe, die Ereignisse in Deutschland hat an sich vorüberziehen lassen, klar werden, wohin der Kurs in Deutschland gehen soll, sobald der führende Zentrumssozialist Wirth auf dem Präsidentenstuhl sitzt.

Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes für die Kandidatur Dr. Jarres.

TU Köln, 16. März.

Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes hatte gestern eine Versammlung einberufen, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Jörissen und der Landtagsabgeordnete Dr. Klamt über die wirtschaftliche Lage seit den letzten Reichstagswahlen und die von der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes im Landtag eingebrachten Anträge referierten. Daher kam zum Ausdruck, daß die Partei die Unterhaltung von gewerblichen Betrieben durch die Kommunalverbände ablehne. Beide Redner befürworteten ein Eintreten für die Präsidentschaftskandidatur Dr. Jarres. Es wurde jedoch betont, daß dieses Eintreten nicht so zu deuten sei, als ob die Wirtschaftspartei damit eine Schwenkung zu den Rechtsparteien vorgenommen hätte.

Landesleitung Bayern des Reichsblocks.

München, 16. März.

Für die Durchführung der Reichspräsidentenwahl hat sich in München eine Landesleitung Bayern des Reichsblocks gebildet, welche die Wahlarbeit für die Kandidatur Jarres aufgenommen hat. Zum Vorsitzenden des bayerischen Ausschusses wurde der Rechtsanwalt Dr. Jung, Karlsplatz 23, aufgestellt.

Die Deutsche Volkspartei und Frau von Oheimb.

Zu der Stellungnahme von Frau Katharina von Oheimb über ihre Auseinandersetzung mit der Deutschen Volkspartei wird uns von der Parteileitung folgendes mitgeteilt:

Dem Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der am 12. März zusammengetreten ist, lag ein schriftlicher vom 11. März datierter und ausführlich begründeter Antrag des Bezirksverbandes Berlin auf Ausschluß der Frau von Oheimb aus der Partei vor. Gleichzeitig wurde in der Sitzung ein offizieller Antrag des Wahlkreisverbandes Ostpreußen bekannt gegeben, der ebenfalls den Ausschluß der Frau von Oheimb aus der Partei forderte. Der Ausschuß stimmte beiden Anträgen einstimmig zu und ersuchte den Parteivorstand, als die für den Ausschluß zuständige Instanz, die Angelegenheit unverzüglich im Sinne der Antragsteller zu entscheiden. Die Reichsgeschäftsstelle wurde weiter beauftragt, Frau von Oheimb von den gegen sie vorliegenden Anträgen in Kenntnis zu setzen. Darauf bezieht sich der Brief der Reichsgeschäftsstelle vom 14. März. Am gleichen Tage hat dann Frau von Oheimb dem Parteivorsitzenden durch Einschreibebrief mitgeteilt, daß sie ihrerseits aus der Partei auszuscheiden wünsche. Dieser Brief ist am Sonnabend, den 14. März, vormittags zwischen elf und zwölf Uhr zur Post gegeben und am gleichen Tage nachmittags sechs Uhr beim Parteivorsitzenden eingegangen. Wenn Frau von Oheimb von einer angeblichen Irreführung spricht, so sei auf die oben erwähnten Tatsachen hingewiesen. Was Frau von Oheimb über die Sitzung des Reichsausschusses mitteilt, widerspricht ebenfalls im wesentlichen den Tatsachen. Frau von Oheimb hat der Sitzung nicht beigewohnt und so wäre vielleicht ihre Auffassung zu erklären. In der Sitzung des Reichsausschusses ist nach einer eingehenden Debatte der der Oeffentlichkeit mitgeteilte Antrag, an der Kandidatur Jarres festzuhalten, in festgestellter Abstimmung mit allen Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen, und die sofortige Veröffentlichung dieses Beschlusses veranlaßt worden. Daraus allein geht hervor, wie völlig irreführend die Behauptung der Frau von Oheimb ist, daß sich die Mehrzahl der Anwesenden für die Kandidatur Geßler ausgesprochen hätte, zumal die Beschlußfassung erfolgte, nach dem Herr Dr. Scholz im Auftrage der Reichstagsfraktion von den für die Information des Reichsausschusses bestimmten Beschluß Kenntnis gegeben hatte. Für die Entscheidung des Reichsausschusses ist neben anderen Gründen ausschlaggebend gewesen, daß, nach den in der Sitzung des Reichsausschusses erfolgenden Mitteilungen von durchaus unterrichteter Seite eine Sammelkandidatur Dr. Geßlers überhaupt nicht allein geblieben wäre, da für diesen Fall von zwei verschiedenen Seiten Gegenkandidaturen sofort aufgestellt worden wären, die zu einer völligen Zersplitterung des Bürgertums geführt hätten.

Chamberlains Aussprache mit Herriot.

Sie haben sich wieder einmal „verständigt".

TU Paris, 16. März.

Die Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain dauerte von drei bis fünf Uhr nachmittags. Bei Schluß der Unterredung war Dr. Benesch noch nicht erschienen.

Ueber die Unterredung wird folgendes offizielles Communiqué verbreitet:

Chamberlain stattete nach seiner Rückkehr aus Genf heute nachmittag dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Einer früheren Vereinbarung gemäß setzten die beiden Minister im Verlaufe einer längeren Unterredung den Meinungsaustausch fort, den sie jüngst über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und insbesondere über das Problem der Sicherheit hatten mit der Absicht, in vollkommener Herzlichkeit für beide Länder annehmbare Lösungen zu suchen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß die wesentlichen Punkte der gestellten Probleme genau festgelegt wurden. Die Verhandlungen hierüber werden auf diplomatischem Wege mit dem gleichen freundschaftlichen Charakter und in Verbindung mit den anderen Alliierten fortgesetzt werden.

Nach Beendigung der Beratung erklärte Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten, er hoffe, daß die nächste Unterredung in London stattfinden werde. Herriot antwortete, er sei damit einverstanden. Zu den im Ministerium anwesenden französischen Journalisten äußerte Herriot, sein Eindruck sei ausgezeichnet, er habe sich mit Chamberlain schon über gewisse wesentliche Fragen verständigt.

•

Um 3/6 Uhr fand in der britischen Botschaft ein Empfang der britischen Pressevertreter statt, bei dem Chamberlain über seine Unterredung mit Herriot erklärte, er habe mit Herriot über die deutsche Anregung hinsichtlich des Sicherheitspaktes, die Frage der Entwaffnung und über die Frage der Veröffentlichung des Berichtes des Generals Walsh gesprochen. Auf Anfragen erklärte er, er sei sehr optimistisch in bezug auf die Sicherheitsfrage. Man habe die deutschen Vorschläge ernstlich geprüft und man werde durch den auf diplomatischen Wege fortzusetzenden Meinungsaustausch festzustellen suchen, welcher Vorteil aus diesen Vorschlägen zu ziehen sei. Hinsichtlich der zu beratenden Grenzen mache die britische Regierung keine Ausnahme; jedoch gebe es gewisse Grenzen, an deren Sicherung England mehr interessiert sei, als an anderen. Ueber die Veröffentlichung des Berichts des Generals Walsh sei noch keine Entscheidung getroffen worden, da im Augenblick noch nicht feststeht, ob über die Entwaffnungsfrage eine interalliierte Konferenz einberufen werde. Ueber den amerikanischen Plan wegen Einberufung einer Entwaffnungskonferenz könne er nichts sagen, da im Augenblick nichts von einer Einladung bekannt sei; er könne nur so viel erklären, daß er mit dem jetzigen Staatssekretär Kellogg für auswärtige Angelegenheiten dor seiner Abreise aus London hierüber gesprochen habe.

Die Besprechungen zwischen Herriot und Dr. Benesch bezog sich ausschließlich auf den deutschen Sicherheitsvertragsvorschlag. Die Besprechung Herriots mit Skrzynski wird erst Mittwoch stattfinden.

Die Presse ist der Auffassung, daß die greifbaren Ergebnisse der Besprechungen noch nicht gerechnet werden kann. Chamberlain und Skrzynski suchen von entgegengesetzten Standpunkten aus auf Herriot einzuwirken. Dr. Benesch spiele dabei seine übliche Vermittlerrolle. Die „Liberte" spricht offen aus, daß die Beseitigung des Danziger Korridors und eine Berichtigung der oberschlesischen Grenze nach Auffassung Chamberlains die praktische Voraussetzung für die Verwirklichung des Fünferbundes bilde und bearwohnt in diesem Zusammenhang die Ueberredungskünste Dr. Beneschs. Der „Intransigeant" bringt unkontrollierbare Gerüchte, nach denen die Unterzeichnung eines englisch-französisch-belgisch-italienisch-deutsch-polnisch-tschechoslowakischen Abkommens für die Dauer von 20 Jahren bereits formell in Aussicht genommen sei. Die Unterzeichnung solle in Berlin vorgenommen werden. (!)

Im ganzen ist die Lage noch recht unklar. Es ist kaum wahrscheinlich, daß Chamberlain bereits jetzt in der Lage sein wird, bindende Abmachungen einzugehen, um so weniger, da die Besprechungen mit Dr. Benesch und Skrzynski noch nach seiner Abreise andauern werden. — Durch die von Amerika geplante Abrüstungskonferenz wird die Lage noch verwickelter. Politische Kreise sind der Ansicht, daß Frankreich dem amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorläufig nicht Folge leisten wird, besonders, da Coolidge das Scheitern des Genfer Protokolls als Voraussetzung für die Abrüstungskonferenz hinstellt und man in Frankreich, wie die gestrige Rede Herriots in Lorre zeigte, diese Voraussetzung nicht anerkennen will.

Die Aeußerungen des amerikanischen Botschafters in Berlin, Houghton, über die Abrüstung Deutschlands haben in Paris einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Ein Teil der Blätter sagt sogar, daß der amerikanische Abrüstungsvorschlag sich ausschließlich gegen Frankreich richte.

Wirtschaftliche Verantwortung.

Von

Dr. jur. Hermann Meissinger, Berlin.

Die von der Reichsbank unvermutet vorgenommene Diskontermäßigung wird in der volkswirtschaftlichen Tagespresse eingehend erörtert. Man stolpert über die Tatsache, daß die von Dr. Schacht für die Diskontermäßigung der Reichsbank vor kurzem für nötig gehaltene Voraussetzung des Vorhandenseins eines Privatdiskontmarktes noch nicht erfüllt ist und fragt sich, welche Beweggründe das Reichsbankdirektorium zu diesem Schritt bestimmt haben.

Aus dem Reichsbankausweis allein kann ich einen Grund für die Diskontermäßigung nicht sehen. Der Zahlungsmittelumlauf war zwar Ende Januar etwas zurückgegangen, betrug aber Ende Februar bereits wieder 4,4 Milliarden Rmk. Er liegt also nur noch um 1,6 Milliarden Rmk. hinter dem Zahlungsmittelumlauf des Vorkriegs-Deutschlands mit seinen alten Grenzen und seiner damaligen Wirtschaft, obwohl heute weder gebietsmäßig noch wirtschaftlich die Voraussetzungen für einen bereits so stark ausgedehnten Zahlungsmittelumlauf gegeben sind. Geht man von der zweifellos richtigen Meinung aus, daß Güterproduktion und Güterumsatz auf der einen Seite und Zahlungsmittelumlauf auf der anderen Seite in fester Relation zueinander zu stehen haben, so muß der derzeitige Zahlungsmittelumlauf bereits als zu hoch bezeichnet werden. Es wird schwer sein, eine Zahl genau zu treffen, ich schätze aber das Surplus auf annähernd ½ Milliarde Rmk.

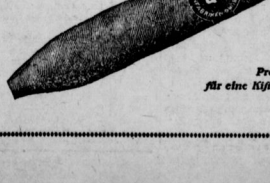
Der Zweck einer Diskontermäßigung ist eine Belebung des Geldmarktes. Für diese Belebung liegen aber weder wirtschaftlich noch währungspolitisch die Voraussetzungen vor. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn in der Kritik der Reichsbankmaßnahme der Hinweis auf die währungspolitischen Gefahren einen breiten Raum einnimmt. Es mag dahingestellt sein, ob das entscheidende Motiv für die Diskontermäßigung darin zu suchen war, einen ersten Schritt in der Richtung der Anpassung unserer Bankrate an die Weltmarktrate und an normalere Wirtschaftsverhältnisse zu tun. Trifft diese Vermutung zu, dann muß der Reichsbankpräsident also der Auffassung gewesen sein, daß in absehbarer Zeit ein Ueberleiten der deutschen Wirtschaft in normale Bahnen zu erwarten ist. So mag bis an sich nicht ungefährliche Maßnahme der Diskontermäßigung im gegenwärtigen Zeitpunkt verständlich und diskutierbar sein. Ziehen inflationistische Gefahren herauf, so denkt die Reichsbank offenbar an die Möglichkeit, mit der linken Hand wieder zu nehmen, was sie mit der rechten gab, d. h. eine durch Diskontermäßigung angekurbelte Kreditinflation wieder durch das Mittel der Kreditrestriktion auszugleichen, um am Schluß dieser Entwicklung in der Tat, wenn auch mehr oder weniger gewaltsam, ein Herabdrücken der Bankrate durchgesetzt zu haben.

Man mag in diese Politik der Reichsbank bes Vertrauen setzen, daß sie zum Ziele führt. Die Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aber werden von dem, was zu erwarten ist, in erster Linie die Kreditrestriktion zu befürchten haben.

Ein Grund zu dieser Befürchtung gibt zunächst der Verlauf der Leipziger Messe. Denn auch heute können wir wie im Frühjahr vorigen Jahres im Gesamtergebnis feststellen, daß die Leipziger Messe keinen wesentlichen Erfolg gehabt hat. Es ist also nicht anzunehmen, daß als Ergebnis der Messe mit stetterem Gang der Beschäftigung privates Kapital, namentlich durch ausländische Kundschaft, in die deutschen Industriebetriebe fließt. Die Werke, die nicht eingehen wollen, werden bei knappem Auftragsbestand in erster Linie wieder auf ihre eigenen sehr spärlichen Kapitalbestände und in der Hauptsache auf Inlandskredite angewiesen sein. Sie können theoretisch infolge der Ermäßigung des Diskonts die Kredite billiger bekommen,

Der 12. Deutsche Seeschiffahrtstag wird Montag, den 30. und Dienstag, den 31. März 1925 im Plenarsaal des Preußischen Staatsrates abgehalten.

Verpackt in Kisten zu 50 Stück.



Preis für eine Kiste Mk. 12.50

Für empfindliche Raucher
ist unsere L. Wolff-Zigarre
INTARSIA * Stück 25 Pfg.
in besonderer Weise geeignet. Ihre eigenartige Mischung aus feinstem Sumatra-Sandblatt mit Brasil und Havana ist von köstlichem unübertroffen mildem Wohlgeschmack.
BRUNO LOERZER A. G.
BERLIN W, Unter den Linden 18